

Expose für den Kongress „Momentum08: Gerechtigkeit“
am 25.09.-28.09.08, Hallstatt/Oberösterreich
Für Track #08: Öffentliches Eigentum in der kommunalen Daseinsvorsorge

Autor: Mag. Alexander Dinböck, Schmölzergasse 12/10, 8020 Graz

Abstracts: Durch ideenreiche Aktionen und Proteste eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses gelang es 2005 in Graz den Verkauf der stadteigenen Wohnungen an einen privaten Investor zu verhindern. Damit wurde einerseits zahlreichen sozial- und finanzschwachen MieterInnen eine leistbare Bleibe gesichert, andererseits bewahrte sich die Stadtverwaltung die eigene Handlungsfähigkeit auf dem Gebiet der Wohnungspolitik. Der Autor will mit diesem Beispiel aufzeigen, dass gegen die neoliberale Privatisierungspolitik durchaus ein Kraut gewachsen ist. Damit soll die Mär vom „allmächtigen“ Neoliberalismus, dem angeblich keine Gegenwehr entgegengesetzt werden kann, hinterfragt werden und dieses Beispiel zur zahlreichen Nachahmung empfohlen werden.

Bedingt durch das GATS-Abkommens der Welthandelsorganisation WTO zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, der EU-Dienstleistungsrichtlinie, aber auch der Maastricht-Kriterien hält der Druck der europäischen Konzerne zur Öffnung des öffentlichen Sektors für privates Kapital weiter an. Gerade auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Müllentsorgung, etc.) erwarten sich die Konzernbosse Anlagemöglichkeiten mit hohen Renditen. Durch die Budgetauflagen der EU (Maastricht-Kriterien) geraten die Gebietskörperschaften (Bund, Ländern, Gemeinden) immer öfters in Finanzierungsengpässe. Um die Löcher im Haushalt zu stopfen, werden deshalb die kommunalen Einrichtungen aus der Budgethoheit in eigene Betriebsgesellschaften, teilweise auch in Vereine ausgegliedert. Dies ist wiederum nur allzu oft der erste Schritt, um einen „strategischen Partner“ in Boot zu holen und die Einrichtung zu privatisieren.

So wurden z. B.

- In Linz wurden schon vor längerer Zeit die Stadtwohnungen an die GWG übertragen, Friedhöfe und Müllabfuhr in die stadteigene SBL eingefügt und schließlich das Allgemeine Krankenhaus, die Museen und die Seniorenzentren in eigene Betriebsgesellschaften umgewandelt.
- In zahlreichen Gemeinden und Städten wurden die kommunalen Sparkassen verkauft.
- In Graz konnte eine Ausgliederung bzw. ein Verkauf der Stadtwohnungen verhindert werden. Ebenso konnte die Privatisierung des Kanalsystems und der Müllabfuhr verhindert werden. Leider gelang dies nicht für die AEVG (Abfall-Entsorgungs- und Verwertungs-GmbH), welche im April 2007 ausgegliedert wurde.

Die Auswirkungen solcher Ausgliederungen sind vielfältig:

- Für die Entscheidungsfindung ist nicht mehr der Gemeinderat zuständig, sondern ein Vorstand ist für die Führung der ausgegliederten Unternehmen verantwortlich. Auch wenn dieses Gremium vom Gemeinderat politisch besetzt wird, so hat dieser keine Entscheidungsbefugnisse, sondern maximal Informationsrechte. Damit einher geht also ein Verlust an öffentlicher Mitbestimmung.

- Die Führung ausgegliederter Unternehmen erfolgt weitgehend nach privatwirtschaftlichen Kriterien. Ebenso gilt dies für die Gestaltung von Gebühren, die meist sehr bald drastisch erhöht werden. Somit spielen soziale Belange und der Anspruch auf Beschäftigungspolitik keine bestimmende Rolle mehr. Durch den oftmals folgenden Personalabbau leidet auch die Qualität der erbrachten Dienstleistungen.
- Durch den permanenten Kostendruck wächst der Druck auf Arbeitsplätze und es drohen Lohnkürzungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen.
- Erfahrungsgemäß stellen Ausgliederungen die Vorstufe für private Beteiligungen oder überhaupt für die Privatisierung der jeweiligen kommunalen Einrichtungen dar.
- Der, durch den Verkauf erhaltener, Erlös kann langfristig den Verlust wesentlicher Einnahmen nicht ersetzen. Somit verschärft sich die Budgetmisere der Kommunen immer weiter.
- Die Ausgliederung von Teilbereichen höhlt andere Geschäftsbereiche aus und gefährdet diese dadurch in ihrer Substanz.

Für eine zukunftsorientierte und leistungsfähige Grundversorgung ist es jedoch unumgänglich, dass sich diese im öffentlichen Eigentum befindet und damit politischer Verantwortung unterliegt. Alle bisherigen Erfahrungen im In- und Ausland haben gezeigt, dass die Privatisierung kommunalen Eigentums negative Auswirkungen hat, da private Betreiber naturgemäß nur an den profitablen Bereichen interessiert sind, die defizitären der öffentlichen Hand verbleiben und durch den Wegfall der Möglichkeit von Querfinanzierungen letztlich ausgedünnt werden.

Nach den hohen Ausgaben als Kulturhauptstadt im Jahr 2003, setzte bald der finanzielle Katzenjammer im Stadtbudget ein. Durch die zahlreichen Repräsentativbauten war ein großes Loch in die städtischen Finanzen gerissen worden. Deshalb überlegte die damalige Stadtregierung die ca. 4.500 gemeindeeigenen Wohnungen zu verkaufen und den geschätzten Verkaufswert von ca. 100 Millionen Euro zur Deckung der Verluste heranzuziehen. Von den beiden Stadträten der KPÖ wurde dieses Vorhaben strikt abgelehnt, dennoch wurde der Verkauf in der Stadtregierung beschlossen. Als sich die Anzeichen für Vorbereitungen zu einem Verkauf verdichteten, wollte die KPÖ Klarheit. In der Gemeinderatssitzung am 18. März 2004 wurde der Dringlichkeitsantrag gestellt, der Gemeinderat solle sich klar gegen jede Form des Verkaufes der Gemeindewohnungen aussprechen. ÖVP, SPÖ und FPÖ stimmten wohl aus gutem Grund gegen diesen Antrag. Erst nachdem die Gemeinderatsmehrheit eine klare Stellungnahme dazu abgelehnt hatte, begann die KPÖ mit Unterstützung vieler Mieter und Mieterinnen mit der Unterschriftensammlung für die Durchführung einer Volksbefragung zu sammeln. Bereits in kurzer Zeit konnten über 16.000 Unterschriften gesammelt werden. Schließlich fand am 12. Dezember 2004 die entscheidende Volksbefragung statt, die WählerInnen votierten zu 96% für den Verbleib der Gemeindewohnungen im Besitz der Stadt Graz. Zwar war die Stadtregierung nicht genötigt das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen, dennoch wurde der Verkauf bis heute nicht durchgeführt. Vielen Jungfamilien konnte dadurch die Gemeindewohnung als eine wertvolle Starthilfe in eine gemeinsame Zukunft erhalten werden. Ältere Menschen mit kleinen Pensionen schätzen wiederum die Sicherheit sozial verträglicher Mieten und leistbarer Betriebskosten.

Keinesfalls soll hier eine Apotheose der Grazer KPÖ geleistet werden. Die Absicht des Autors ist es aber, aufzuzeigen, dass durch couragiertes und entschlossenes Handeln dem Neoliberalismus sehr wohl erfolgreich Widerstand entgegengesetzt werden kann. Um

Zustimmung und Unterstützung der breiten Bevölkerung muss man sich keine Sorgen, da von dort schon Abwehrmaßnahmen gegen derartige wirtschaftspolitische Auswüchse geradezu erwartet werden. Auch die 96.000 Unterschriften, welche die SPÖ Oberösterreich gegen den Börsengang der Energie AG gesammelt hat, beweisen dies eindrucksvoll. Vielmehr müssen auch in der Kommunalpolitik neue Wege gegangen werden. Statt Privatisierung ist der Ausbau der kommunalen Unternehmen durch Erschließung neuer Geschäftsfelder und die Erhaltung der Möglichkeit der Querfinanzierung von gewinnbringenden Bereichen kommunaler Unternehmen defizitären als Stützung sozialer Tarife und Gebühren notwendig. Doch gilt es sich keine Illusionen zu machen: Wie wir gesehen haben, kann dieser Privatisierungspolitik von unten Widerstand entgegengesetzt werden. Ihre Beendigung kann schließlich nur erreicht werden, in dem ihre Ursachen aufgehoben werden. Als Folge der EU-konformen nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte unter Zugrundelegung der Maastricht – Kriterien und des Euro-Stabilitätspaktes erfolgt in allen Städten und Gemeinden ein massiver Druck auf das öffentliche Eigentum der immer stärker zur Ausgliederung und Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Leistungen führt. Dazu ist es also notwendig, die Aufhebung der rigiden Maastricht-Auflagen und des Stabilitätspaktes für die Budgetpolitik zu erreichen, welche den Hintergrund für die zunehmende Ausgliederung und Privatisierung kommunalen Eigentums liefern.